

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1831

2.12.1831 (Nr. 334)

Karlsruher Zeitung.

Nr. 334.

Freitag, den 2. Dezember

1831.

Baden.

† 146. öffentliche Sitzung der 2. Kammer vom 29. Nov. (Schluß.)

Art. 8 des Entwurfs der 2. Kammer verlangt, daß das Gesetz enthalte, in Bezug auf das Anklagerecht der Kammern, eine Modifikation des §. 67 der Verfassungs-urkunde, wodurch dieses Recht einer Jeden der beiden Kammern für sich eingeräumt würde. Die 1. Kammer will von dieser Verfassungsänderung nichts wissen, weshalb die Kommission, als Mittelweg, das bei Finanzgesetzen vorgeschriebene Durchzählen der Stimmen beider Kammern vorschlägt; dieser Vorschlag wird gegen eine Stimme (Schaaff) angenommen.

Alle sonstigen Amendements der andern Kammer finden Beifall, und es wird eine Adresse nach den heute getroffenen Bestimmungen mit eminenter Majorität beschlossen, für das Prozeßfahren aber, wo möglich noch auf diesem Landtag, ein Gesetz gewünscht.

Abg. Merk besetzt die Tribüne, und erstattet den Kommissionsbericht über einige Aenderungen, welche die Beschlüsse der 2. Kammer in Betreff der Motion des Abg. Mittermaier, wegen der Administrativjustiz, in der andern Kammer erlitten haben. Der Antrag geht auf Zustimmung zu diesen Modifikationen, und bei dem beschlossenen Verfahren in abgekürzter Form wird dieser Antrag zum Kammerbeschluß erhoben.

Zwischen dem Bericht und der darauf eröffneten Diskussion ward folgender Inzidentgegenstand erledigt. Abg. v. Rotteck erhebt sich, und eröffnet nach parlamentarischem Gebrauch der Regierungskommission: Er werde in einer der nächsten Sitzungen die Regierung um Auskunft fragen, einmal über den Sinn der jüngsten Bundestagsbeschlüsse, dann über ihre Rechtsverbindlichkeit für Baden, endlich den Antheil, welchen der badische Bundestagsgesandte dabei gehabt. Daran werde er eine weitere Frage knüpfen, rücksichtlich der Aechtheit der in öffentlichen Blättern erschienenen Adresse der Fürsten von Löwenstein. — Staatsrath Winter: „Ich wünsche, daß diese Frage umgangen werde, oder daß die Kammer solche nicht zu geben möge. Es kann nur wieder zu Mißverständnissen und Zerwürfnissen führen, die wir am Schluß unserer Verhandlungen um so weniger nöthig haben, und es könnte der Fall sein, daß wir Manches berühren müßten, dessen wir gern entgehen möchten. Was die zweite Frage anbetrifft, so kann ich solche sogleich beantworten: Meine Dienstpflicht erlaubt mir nicht, mich über Gegenstände zu äußern, die ich kraft meines Dienstes erfahre, wenn die Regierung solche nicht selbst zur Sprache ge-

bracht hat. Wenn übrigens in einem öffentlichen Blatt eine Vorstellung der Herrn Fürsten von Löwenstein abgedruckt ist, und diese Herrn widersprechen nicht, so haben sie damit wohl zugegeben, daß sie solche übergeben haben. Unsere Sache wäre es, darauf zu antworten.“ — Abg. v. Rotteck: „Der Kammer könne die größte Freimüthigkeit nur erwünscht sein; was die Löwensteinsche Sache betreffe, so genüge ihm die Antwort des Hrn. Staatsraths nicht, und er werde so frei sein, später darauf zurückzukommen.“ — Staatsrath Winter: „Wenn eine solche Adresse bei der Regierung vorliegt, so wird es unsere Sache sein, darauf zu antworten.“ — Abg. v. Rotteck: „Der Kammer wird aber doch wohl die Frage um Auskunft erlaubt sein!“ — Staatsrath Winter: „Wenn Sie jede ungeeignete oder jede unverständige Vorstellung, die bei uns einkommt, zum Gegenstand Ihrer Berathung machen wollten, so hätten Sie viel zu thun, abgesehen davon, daß diese Beurtheilung lediglich Sache der Verwaltung ist.“ (Beifall.) — Abg. Fecht: „Mit dieser Antwort, möchte ich, kann die Kammer zufrieden sein!“ — Abg. v. Rotteck wünscht doch noch eine nähere Erläuterung, welche aber von der Regierungsbank aus nicht gegeben wird, und damit ist das Intermezzo zu Ende.

Abg. Merk erstattet jetzt den Kommissionsbericht über die Motion des Abg. Geibel, Bervollständigung der Wahlordnung betr. Die Kommission erkennt die Zweckmäßigkeit der Motion an, da eine Revision der Wahlordnung dringend nöthig sei, rath aber wegen Mangel an Zeit, daß man sich darauf beschränke, über einzelne Punkte Ansichten und Wünsche ins Protokoll niederzulegen, im Uebrigen aber den Gegenstand bis zum nächsten Landtag zu vertagen. — Nachdem die abgekürzte Form beliebt worden, eröffnet der Präsident sofort die Diskussion. — Abg. v. Rotteck spricht den Wunsch aus, daß in Gemäßheit des §. 42 der Wahlordnung eine Revision der Wahlmännerzahl vorgenommen werden möchte, wozu es eine Unordnung der Regierung bedürfe, da manche Behörden glauben, daß sie ohne diese nicht geschehen dürfe. — Staatsrath Winter: Die Ergänzung der Wahlmänner nach Maaßgabe jenes §. unterliege durchaus keinem Anstand. — Nachdem noch die Abg. Merk, Schinzinger, Beck, Knapp, Rettig v. R. und Dörr gesprochen, wird der Antrag der Kommission angenommen, so wie auch auf des Abg. v. Rotteck Antrag der Wunsch ins Protokoll niedergelegt: „Daß die vom Regierungskommissär Staatsrath Winter in Beziehung auf §. 42 der Wahlordnung ausgesprochene Ansicht als Regierungsverordnung erlassen werden möge, zur Befolgung man-

cher Zweifel.“ — Abg. v. Jhstein: Wenn auch die Motion des Abg. Gerbel vertagt worden, so möge doch die hohe Regierung den darin aufgeführten Desiderien geeignete Berücksichtigung schenken, die beantragte Revision vornehmen, und dem nächsten Landtag mit einem Gesetzentwurf entgegen kommen. — Die Abg. Schaaff, Gerbel, Utschbach und viele Andere schließen sich diesem Wunsch an, worauf Staatsrath Winter entsprechende Zusicherungen gibt.

Die Kammer schreitet zur Erledigung von Petitionen. Es berichtet Abg. Utschbach: Ueber eine Beschwerde wegen Entziehung verschiedener dem Rastatter Lyzeumsfond gehörigen Gelder. — Nachdem sich die Abg. Müller, Herr und Bordonello über die Sache verbreitet, stellt Abg. Rindeschwender den Antrag auf Tagesordnung, welcher angenommen wird.

Abg. v. Rotteck erstattet die Fortsetzung des Generalberichts über solche Petitionen, welche theils durch frühere Beschlüsse, durch vorgelegte Gesetze, Verweisung an bestehende Kommissionen u. dgl. schon erledigt sind, oder ihre Erledigung noch zu erwarten haben, oder sonst keiner speziellen Berichterstattung bedürftig sind. Der Bericht umfaßt 62 derartige Bittschriften (im Ganzen sind bis jetzt mehr als 1500 Petitionen eingelangt), darunter 21 um Preßfreiheit, Adressen von Hüfingen und andern Orten verschiedenen Inhalts, die Dankadresse von Ebersbach wegen des Wildschützengesetzes, mehrere Dankadressen, die Verwandlung der Accise in Aversa betr., eine von Aglasterhausen, welche in Beziehung auf die Auslösung der Zehntablösung bis zum nächsten Landtag meint: »Wer von der Hoffnung lebt, wird hungrig sterben.« Eine Eingabe vieler Bürger von Waldmühlbach, gegen eine angebliche Petition des dortigen Ortsvorstandes in Beziehung auf den Zehnten gerichtet, scheint nach einigen Aeußerungen der Abgeordneten Schaaff und des Staatsraths Winter auf einem Mißverständnis zu beruhen. In Beziehung auf die hier aufgeführte Beschwerde des Freiherrn von Gemmingen zu Steinegg gegen die dortige Gemeinde wegen verschiedener Vorwürfe erklärt Staatsrath Winter, daß diesem Ehrenmann Unrecht geschehen sei, und Abg. Wikenmann wiederholt das schon bei Ueberreichung der Petition, welche damals verlesen worden, dem Hrn. v. Gemmingen gegebene Zeugniß eines biedern und loyalen Charakters. Weiter kommt vor eine Adresse der Gemeinde Eypingen wegen Aufhebung des Blutzehntens, mehrere Petitionen in Betreff der Herrenfrohnden u. s. w. Alle diese Eingaben gehen, nachdem mehrere verlesen, theils zu den Akten, theils werden sie den betreffenden Kommissionen zugewiesen; dabei wird als ein erfreuliches Zeichen anerkannt, daß in den meisten das Vertrauen zur Kammer und ungeschminkter Dank für deren Bestreben das Wohl des Landes zu befördern, ausgesprochen wird, was dem Abg. Welcker Anlaß gibt, sich zu äußern, wie solche Wahrnehmungen mächtig anspornen, in diesem Bemühen nicht zu erkalten.

Abg. v. Rotteck berichtet: Ueber die Bittschrift des

Stadtraths in Konstanz, den Detailverkauf des selbst erzeugten Weins durch die dortigen Weinbergbesitzer betr. Der Antrag geht auf empfehlende Ueberweisung ans Staatsministerium. Dagegen sprechen die Abg. v. Tscheppe, Schaaff, Martin, Rutschmann, Wegel II., Knapp und Staatsrath Winter; dafür aber v. Rotteck, Nagg, Rettig v. K., Gerbel, Herr und Welcker. Die Kammer beschließt, nach des Abg. v. Tscheppe Antrag — Tagesordnung.

Es wird auch vom Sekretariat eine Schubertsche Petition angezeigt, auf des Abg. v. Tscheppe Antrag die baldige Verlesung der Protokolle von 2 wichtigen geheimen Sitzungen beschlossen, und um 1½ Uhr sodann die Sitzung geschlossen.

† 147. öffentl. Sitzung der 2. Kammer vom 30. Nov., unter dem Vorsitze des Präsidenten Föhrenbach. — Neue Eingaben werden an die Petitionskommission gewiesen: a. Des Bürgerausschusses und mehrerer Einwohner von Billigheim, verschiedene Wünsche enthaltend. b. Der Erbbeständer daselbst, die Herrenfrohnden und das Faselvieh betr. c. Durch Abg. Welcker: Beschwerde des Ignaz Escher von Eitlingen, Unterlagung eines Hausbaues betr. d. Durch Abg. Rettig v. L.: Petition des G. Zimmernann u. Konf. von Lahr, wegen Abzugs bei einem Salzsacklieferungsakkord. — Der erste Sekretär Grimm macht mehrere Adressen der andern Kammer bekannt: a. Wornach sie dem Beschluß, betreffend die Einführung von besondern Unterpfandsbehörden, nicht beigetreten; b. wornach sie dem Beschluß in Betreff der praktischen Ausbildung der evangel. Prediger mit Modifikationen ihre Zustimmung erteilt; c. wodurch sie den Antrag auf Ueberlassung der Forstfrevelftrafen an die Gemeindefassen billigt. (Beifall.) — Beide erstere Adressen gehen an die bestehenden Kommissionen.

Abgeordneter von Jhstein verlangt das Wort, um über die Geschäfte der Kammer zu sprechen: Wenn nicht bis zum 5. Dezember, doch gewiß 14 Tage später könnten die dringendsten Arbeiten vollendet sein, insofern von keiner Seite und auf keine Weise ein Hinderniß eintrete; ein solches stelle sich aber in der Braunschweiger Druckerei entgegen, indem dort namentlich die Buchdruckerei verzögert würden; man möge das Bureauermächtigen, diesen Druck anderwärts besorgen zu lassen, falls Braun auf nochmalige Ermahnung die Arbeiten nicht fördere. — Nach einigen Aeußerungen des Präsidenten Föhrenbach und der Abg. Belf, Grimm, Vader und Rindeschwender beschließt die Kammer, daß das Präsidium nach dem Antrag des Abg. v. Jhstein verfahren möge.

Der auf der Tagesordnung stehende Kommissionsbericht des Abg. Utschbach über die Motion des Abg. Welcker, welche die Wehrverfassung zum Gegenstande hat, kann wegen Unpäßlichkeit des Berichterstatters nicht vorgetragen werden. — Abg. Rettig v. K. verlangt den sofortigen Druck und Vertheilung des Berichts; dagegen erheben sich die Abg. v. Jhstein, Schaaff u. A., worauf

die Kammer zur Tagesordnung übergeht, und sich mit Erledigung von Petitionen beschäftigt.
(Schluß folgt.)

Frankreich.

Paris, den 28. Nov. Heute überreichte eine Deputation der Pairskammer dem König die Adresse derselben. In seiner Antwort sagte Se. Maj. unter Andern: „Ich danke Ihnen für die Offenbarung dieser Gesinnungen. Ich danke Ihnen auch für das dargelegte Vertrauen in die Bemühungen meines Sohnes zur Verhütung der Vergießung französischen Blutes durch die Zurückführung einer verirrtten Einwohnerschaft zur Pflicht, und durch die Wiederherstellung der Gesezesherrschafft in ihre Stärke, deren sie in Lyon augenblicklich beraubt war. Frankreich kann dieselbe mit Recht von meiner Regierung erwarten, und Sie können überzeugt sein, daß diese Erwartung nicht getäuscht wird.“

Der Moniteur enthält eine K. Ordonnanz über die Einrichtung der polytechnischen Schule; sie wird dem Kriegsministerium zugewiesen.

Marschall Herzog von Treviso ist nach Straßburg abgereist, um dort ein Oberkommando zu übernehmen.

Etwa 50 Deputirte sollen gestern über die Adresse nicht mitgestimmt haben.

Die gestern von H. Perier auf der Tribune angekündigten 8 Verhaftungen hängen mit einer von der Regierung entdeckten Verschwörung zusammen. Unter den Verhafteten sind; H. v. Kenoy, Belmontet (Dichter), Chodzko und Jabat (Polen), Wisley und Mirandoli (Italiener, ersterer einer der Führer der Revolution von Modena) und General Dubourg. Letzterer soll jedoch mit H. Bascans und Narrast entkommen sein. Außerdem wurden gestern drei Kisten mit Patronen und eine heimliche Pulvermühle entdeckt, und in Beschlag genommen. Mehrere Verhaft- und Vorführungsbefehle wurden noch erlassen, manche ausgeführt, manche durch die Flucht der betroffenen Personen vereitelt, und man kann, wie der Messager sagt, den Plan der Verschwörer, für den sie die Lyoner Vorfälle benutzen wollten, als völlig gescheitert betrachten. — Unter den Verhafteten befinden sich Anhänger der Republik und des Herzogs von Reichstadt. Ein Schreiben der Königin Hortensia, welches einen Entwurf zur Realisirung der Ansprüche des letztern enthält, soll die Entdeckung der Verschwörung veranlaßt haben.

Gestern Morgen erhielt die Regierung wieder die erste Depesche vom Präfekten aus Lyon, vom 24., und später eine zweite, vom 25. datirt. Es herrschte Ruhe in der Stadt, der Präfekt war in seinem Hotel, alle Verbindungen ungehindert. Am 25. wollte er zur Wiederöffnung der Kaufläden auffordern. Die Arbeiter schienen selbst zu erkennen, wie nöthig das Dasein der Gewalt sei, indem sie, die Sieger, den Präfekten im Augenblick der Siegesstrunkenheit an seinem Posten ließen, und ihm allmählig sogar wieder den gewöhnlichen Gehorsam bezeigten. Sie wol-

ten, wie sie selbst rufen, nur Brod oder den Tod; sie dachten an keine Aenderung in der Regierung, und alle darauf gerichteten Bemühungen der Karlisten scheiterten an ihrem gesunden Sinn. Man hofft daher, sie ohne Anwendung strengerer Maaßregeln wieder der Herrschafft des Gesezes zu unterwerfen, um so mehr, da diese Auftritte noch nirgends Nachhall gefunden haben. Im ganzen Lande herrscht Ruhe, und die Nationalgarden erbieten sich freiwillig, gegen die Auführer zu marschiren. General Roguet hat Lyon von allen Seiten mit Truppen umgeben. Gestern Abend erhielt die Regierung Depeschen vom Abend des 25. Ihr Inhalt ist noch nicht bekannt. Man versichert jedoch, die Arbeiter wollten sich dem Einrücken der Truppen widersetzen, und errichteten deshalb Barrikaden; im Uebrigen ist Alles beim Alten. Unterm 27. sandte der Präfekt eine telegraphische Depesche an den Ministerpräsidenten, von der man jedoch nur die ersten Worte: „Immer gleiche Ruhe; ich hoffe, daß...“ lesen konnte. So scheint Alles zu einer nahen Lösung vorbereitet.

Ueber Straßburg hat man folgende Nachrichten aus Lyon, den 25. Nov.: Die Ordnung wird immer mehr wieder hergestellt, die Geschäfte kommen wieder in Gang, die Magazine werden wieder geöffnet, und bald bleiben keine materiellen Spuren mehr von den unglücklichen Ereignissen übrig, welche die verflossene Woche mit Blut besleckten. Man befürchtet, in Paris möchte die Versicherung des Präfekten, daß die Stadt kein Gegenstand eines Militärunternehmens sein werde, nicht gebilligt werden, und hat daher die Absicht, eine Deputation des Municipalkorps morgen nach Paris zu senden, um die Regierung über die Beschaffenheit und wahre Ursache der Lyoner Unruhen zu belehren.

Heute hielten sich beim Anfang der Börse die Fonds fortwährend in der Höhe.

Straßburg, den 29. Nov. Hier ist aus Paris vom 28. d. um 1 Uhr folgende telegraphische Depesche des Ministerpräsidenten angekommen: „Ich erhalte aus Lyon eine telegraphische Depesche von gestern Morgens. Ordnung und Ruhe herrschen daselbst; Läden und Schauspielhäuser sind wieder offen. Paris ist völlig ruhig.“

Belgien.

Brüssel, den 26. Nov. Der Minister des Innern hat durch Zirkular vom 14. sämtlichen Gouverneurs die strengste Aufsicht auf die Reisenden, besonders auf fremde, zur Pflicht gemacht.

Das Budget von 1832 beläuft sich auf 40 Mill.; die Hilfsmittel, nach jenen von 1831 berechnet, betragen nur 29 Mill.; es bleibt also ein Defizit von 11 Mill. Wäre Belgien gendthigt, während des bald beginnenden Jahres die Armee auf dem jetzigen Fuß zu halten, so würde das Defizit statt 11 Mill., 30 Mill. betragen.

Großbritannien.

London, den 25. Nov. Verschiedene Versuche zur Vereinigung der Freunde u. der gemäßigten Gegner der Reformbill, sowohl Seitens der Minister als angesehener Privaten sind nun definitiv gescheitert. Der Westminster Reformverein hat sich in Folge der k. Proklamation aufgelöst, der Nationalverein wird dagegen fort dauern.

Der Courier sagt: Vier von den Schiffen, welche wegen angeblicher Theilnahme an der Expedition gegen Don Miguel festgenommen wurden, sind wieder freigegeben worden. — Dasselbe Blatt spricht auch von einer Genugthuung, welche die engl. Regierung wieder von Don Miguel fordern wolle, und deren Verweigerung energischere Maaßregeln zur Folge haben würde.

Vom 22. — 23. erkrankten in Sunderland an der gemeinen Cholera 5, an der bössartigen 3 Personen; 4 Genassen und 5 starben.

Die Times erzählen, das Wegbleiben des französischen Gesandten (der engl. fehlte indeß auch) bei dem Gottesdienst in Petersburg wegen Warschauer Einnahme eine gewisse Spannung zwischen dem russ. Hofe und Frankreich veranlaßt, so daß man dem Gesandten bedeutet habe, er könne zwar noch Privataudienzen erhalten, aber nicht mehr bei öffentlichem Empfang am Hofe erscheinen.

Oesterreich.

Wien, den 24. Nov. Heute erkrankten dahier an der Cholera 19 Personen, 11 genassen und 2 starben.

Preussen.

Der schwab. Merkur schreibt aus Berlin, den 23. Nov.: Gegen die Posenischen Beamten und Offiziere, die ihre Aemter und Posten verlassen haben, ist der König sehr aufgebracht. Indessen werden die erstern wahrscheinlich, da Hr. Flottwell, der Präsident der Provinz, auf milde Maaßregeln dringt, mit einer kurzen Festungsstrafe davon kommen; für alle Uebrigen erwartet man mit Nächstem eine Generalamnestie. Die Begnadigung Uminskis hat dagegen der König ganz bestimmt verweigert, weil er ihm den Bruch des Ehrenworts gar nicht vergeben kann.

Polen.

Der schwab. Merkur schreibt aus Warschau, den 18. Nov.: Die Verhaftungen währen fort. Paskewitsch scheint nicht beliebt; er geht nicht leicht ohne eine starke Bedeckung aus. — Dagegen zeigt sich Großfürst Michael sehr klug und gemäßigt in seinem persönlichen Verfahren. — Wola und die Vorstadt Praga werden besetzt; die Befestigungswerke werden aber nicht nach Aussen hin, wie früher, sondern gegen die Stadt Warschau selbst gelehrt, um zum Angriff der Stadt zu dienen, falls Unruhen darin ausbrechen sollten.

Baiern.

München, den 26. Nov. Kammer der Abgeordneten. — Heute kam die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe über die Preßgesekentwürfe zur Berathung.

Die erste Kammer hat die Seuffertsche Modification, wornach die Zensur nur ausnahmsweise durch ein besonderes Gesetz eingeführt werden kann, die gegenwärtig bestehende Zensur aber nur bis zur nächsten Ständesitzung fortbestehen soll, verworfen, und ist auf ihrer frühern Modification beharrt, nach welcher sie dem die Zensur sanktionirenden Gesetzesentwürfe nur den Wunsch beigefügt hat, die Staatsregierung möge sich bemühen, die Hindernisse hinwegzuräumen, welche der völligen Emanzipation der Presse im Wege stehen könnten. Die beiden Ausschüsse der Deputirtenkammer gingen auf diesen Beschluß der Kammer der Reichsräthe ein, und der Referent v. Dresch eröffnete die heutige Sitzung mit Entwicklung der Gründe, welche die Ausschüsse hierzu bestimmt hätten. Dem Redner schlossen sich an die H. H. Smeyner, Korb, v. Eberg, v. Auns, v. Künsberg, Nabel, Lechner und Rudhart. Dagegen sprachen sich, zum Theil mit großer Bitterkeit, für Verwerfung des Beschlusses der Reichsräthe aus die H. H. Binder, Leinecker, v. Closen, Schwindel, Ziegler, Cullmann, Heingelmann. Endlich ward der Beitritt zum Beschluß der Kammer der Reichsräthe zur Abstimmung gebracht, und mit 59 gegen 52 Stimmen verworfen. Nachher kam die Frage zur Abstimmung, ob die Kammer auf der Seuffertschen Modification beharren wolle? Dieselbe ward gleichfalls verworfen mit 66 gegen 46 Stimmen. Endlich wurde über die Modification des F. H. v. Closen abgestimmt, daß nämlich die Preßgesekentwürfe, mit Ausnahme des Zensurgesetzes, erst dann in Wirksamkeit treten sollen, wenn die Zensur ganz beseitigt sei. Für diese Modification erklärten sich 72, gegen dieselbe 38 Stimmen. Da sie eine Abänderung der Verfassung enthält, so fiel sie durch, weil zur erforderlichen Stimmmehrheit von 2 Dritteln 2 Stimmen fehlten. Hr. Seuffert stimmte gegen den Beschluß der Reichsräthe.

Staatspapiere.

Wien, den 25. Nov. 4prozent. Metalliques 77½; Bankaktien 1143.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von: Ph. Macklot.

Für die heldenmüthige 12jährige
Susanna Keisacher aus Sasbach
erhielt ich heute von hoher Hand 40 fl. — Von einem
Militär 2 fl. 42 kr.
Karlsruhe, den 1. Dez. 1831.

P. Macklot.

Die Monat Abonnements s. d. 2. Monat des 1. Quartals können gefälligst Samstag, den 3. d., Vormittags von 11 — 12 Uhr, in der Akademiestraße Nr. 21 im ersten Stock in Empfang genommen werden.